
Niederschrift

Gremium:	Stadtrat
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 24.02.2016
Sitzungsdauer:	19:00 - 21:30 Uhr
Sitzungsort:	Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte

 Öffentliche Sitzung es folgte eine
Nichtöffentliche Sitzung Nichtöffentliche
Sitzung

 Werner Jacob
stellv. Vorsitzender

 Birgit Wesemann
Protokollführer
Anwesend:**Bürgermeister**

Herr Andreas Brohm

Vorsitzender

Herr Werner Jacob

Mitglieder

Frau Ina Altenberger

Herr Gerd Bodenbinder

Frau Edith Braun

Herr Dr. Frank Dreihaupt

Herr Torsten Fettback

Frau Petra Fischer

Herr Marcus Graubner

Herr Hans-Peter Gürnth

Herr Peter Jagolski

Herr Wolfgang Kinszorra

Herr Bernd Liebisch

Herr Falk Mainzer

Herr Wolfgang März

Herr Michael Nagler

Herr Ulf Osterwald

Herr Dieter Pasiciel

Herr Manfred Pecker

Frau Rita Platte

Herr Detlef Radke

Herr Jörg Rudowski ab TOP 10

Frau Janine Steinig-Pinnecke

Herr Bodo Strube

Herr Daniel Wegener

Protokollführer

Frau Birgit Wesemann

Mitarbeiter Verwaltung

Herr Erich Gruber

Abwesend:**Vorsitzender**

Herr Gerhard Borstell entsch.

Mitglieder

Herr Sebastian Klein entsch.

Frau Kathleen Kraemer entsch.

Herr Tim Lange entsch.

Tagesordnung

zur öffentlichen Sitzung des Stadtrates der EG Stadt Tangerhütte am Mittwoch, 24.02.2016, 19:00 Uhr im Kulturhaus, Straße der Jugend 41 in Tangerhütte.

Öffentliche Sitzung	DS-Nr.
1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit	
2. Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung	
3. Feststellungen der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 21.12.2015 und vom 20.01.2016	
4. Einwohnerfragestunde	
5. Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse	
6. Abberufung eines sachkundigen Einwohners	BV 346/2016
7. Berufung eines sachkundigen Einwohners	BV 349/2016
8. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016	BV 325/2015
9. Vorstellung und Besprechung zur Erstellung des HKK/ Eckpunkte	
10. Aufhebung Beschluss Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015	BV 321/2015
11. Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte	BV 335/2015
12. Antrag der Ortsbürgermeisterin von Grieben zum Beschluss einer Abrundungssatzung zur Schaffung von Baurecht	BV 342/2015
13. Fortgeltungssatzung - über die Nutzung kommunaler Einrichtungen -	BV 344/2015
14. Besprechung Prioritätenliste Radwege	
15. Information aus den Verbänden	
16. Information des Bürgermeisters	
17. Anfragen und Anregungen	

Öffentliche Sitzung

21. Wiederherstellung der Öffentlichkeit
22. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
23. Schließen der Sitzung

TOP: 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Herr Jacob, stellv. Vorsitzende des SR'es, eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit vor.

TOP 2: Feststellung der Tagesordnung und Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Herr Jacob stellt die Tagesordnung und die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

TOP 3: Feststellungen der Niederschriften der öffentlichen Sitzungen vom 21.12.2015 und vom 20.01.2016

Es werden die Niederschriften der öffentlichen Teile vom 21.12.2015 und vom 20.01.2016 ohne Einwände festgestellt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Herr Schulze aus Uchtdorf fragt, ob Herr Borstell das Gesprächsprotokoll bekommen hat.

Herr Brohm antwortet mit Ja.

Jetzt spricht **Herr Schulze** die Säule, die in Uchtdorf auf dem Friedhof für Urnengräber errichtet werden soll, an. Wann wird diese aufgestellt und wer finanziert dies? Darüber möchte er schriftlich informiert werden.

Herr Brohm antwortet. Die Säule wird im März 2016, wenn es die Witterung erlaubt, aufgestellt. Die Kommune finanziert dies. Herr Schulze bekommt eine schriftliche Antwort.

Herr Steffen aus Uchtdorf hat sich am 08.02.2016 wegen einer Mahnung, die ihm zugegangen ist, an den BM gewandt. Er hat dem BM erläutert wie das in der Verwaltung läuft. Obwohl die Gebühren schon lange bezahlt sind, hat er schon öfter Mahnungen erhalten. Entweder auf den Namen seiner Frau oder auf seinen. Jetzt hat er eine Mahnung erhalten, die an seine Frau und an ihm selbst ging. Es ging um einen Verwaltungsvorgang und zwar um Zusendung von Unterlagen des Straßenbestandsverzeichnisses.

Herr Jacob bittet Herrn Steffen, diese Angelegenheit in der Verwaltung direkt zu klären. In der Geschäftsordnung (GO) steht, in der Einwohnerfrage können Fragen der Allgemeinheit gestellt werden.

Herr Steffen redet trotzdem weiter. Er ist der Meinung, dass im Amt einiges nicht stimmt. Das Amt sieht nicht mehr durch.

Herr Jacob beendet die Rede von Herrn Steffen.

Herr Steffen hat etliche Schreiben zum Straßenverzeichnis der Gemeinde Uchtdorf an Herrn Reich geschickt. Bis jetzt ist kein Schreiben beantwortet. Herr Gruber habe schriftlich geantwortet, dass Herr Steffen, wenn er einen Termin zur Einsichtnahme in das Verzeichnis nehmen möchte, sich als Bürger selbst kümmern müsse, wenn Herr Reich aus dem Urlaub zurück ist. Herr Steffen meint, es reicht, wenn er als Bürger einen Antrag stellt. Immerhin hat er die Hälfte des Straßenverzeichnisses von Uchtdorf korrigiert, z.B. Straßen, die Betonpflaster haben und umgekehrt. Wie kann es sein, dass er dafür einen Gebührenbescheid bekommt, wenn er nicht einmal als ehrenamtlich Angestellter der Stadt Herrn Reich seine Arbeit machen muss? Wann werden seine Einwendungen eingearbeitet? Er erwartet auf alle Schreiben (nicht nur die an Herrn Reich), die er bis jetzt getätigt hat, eine schriftliche Antwort.

Die 3 Schreiben, die er zur Abschaltung der Straßenbeleuchtung in der Gemeinde Uchtdorf an den BM geschickt habe, möchte er vom BM beantwortet haben.

TOP 5: Bericht des Bürgermeisters über die Ausführung gefasster Beschlüsse

Herr Brohm berichtet über die Ausführung der gefassten Beschlüsse.

TOP 6: Abberufung eines sachkundigen Einwohners - BV 346/2016

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 346/2016.

Der Stadtrat beschließt die Abberufung von Herrn Hein Wiese als sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport.

Abstimmungsergebnis: 24 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 7: Berufung eines sachkundigen Einwohners - BV 349/2016

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 349/2016.

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der UWG Südliche Altmark gemäß § 7 der Hauptsatzung Herrn Friedrich Kersten als sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Soziales, Bildung, Kultur und Sport im Sinne des § 49 Abs. 3 KVG LSA zu berufen.

Abstimmungsergebnis: 23 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 8: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2016 - BV 325/2015

Herr Brohm informiert die SR'e, dass diese BV im HA zurückgenommen wurde, weil er das HKK (Haushaltskonsolidierungskonzept) nicht vorlegen kann, aber die Investitionsliste, die den SR'en seit September vorliegt, ist vom Haushalt (HH) ausgenommen. Das Geld ist vorhanden und könnte ausgeben/investiert werden. Im HH gibt es verschiedene Positionen. Eine große Position ist die Grundschule (GS) Lüderitz. Er würde gern am 30.03.2016 im HA eine planerische Leistung vergeben, weil er in den Sommerferien bauen möchte. Wenn damit anders verfahren werden soll, muss darüber gesprochen werden.

Herr Graubner meint, es ist üblich, die Prioritätslisten erst dann zu besprechen, wenn man einen HH vorlegen kann, damit man weiß, mit welchen Zahlen man hantieren kann. Erst dann weiß der SR, welche Dinge man sich leisten kann.

Frau Platte erinnert, dass besprochen wurde, erst eine Klausur zu machen und das wäre aus Sicht von Frau Platte für die Investitionsliste (Prioritätenliste) sehr wichtig. Einige Dinge kann der SR gar nicht besprechen, z.B. Personal. Darüber müsse intensiv und detailliert gesprochen werden und das wird im SR nicht gehen. Dinge, die schon vorgeplant waren, könne man machen, aber das Potenzial ist größer als die EG finanzieren kann. Hat die Verwaltung die Investitionsliste abgestimmt, um zu wissen bis wann investiert werden könne?

Frau Braun findet den Vorschlag von Herrn Brohm gut, weil die Stadt vor der Sommerpause keinen bestätigten HH-Plan zustande bekommen wird. Es geht hier um keine Investition sondern um Planungsleistung. Wenn Herr Brohm die Ausschreibung für die GS Lüderitz jetzt nicht ausschreibt, wann soll dann angefangen werden, wenn das Jahr vorbei ist? Sie fände es schön, wenn die SR'e es unterstützen würden, dass Herr Brohm die Planungsleistung im HA vortragen kann.

Herr Jacob bittet die SR'e, ob sie die BV vertagen möchten.

Abstimmung Vertagung: 23 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 9: Vorstellung und Besprechung zur Erstellung des HKK/ Eckpunkte

Herr Brohm informiert, dass zum HA am 30.03.2016 die Eckdaten vorgestellt werden. Danach werden die Unterlagen versendet, damit zum nächsten SR alle SR'e den gleichen Stand haben.

Herr Graubner wundert sich, dass der TOP in einem Satz abgetan wird. Im HA ist der SR nicht in Gänze vertreten. Bei einer SR-Sitzung solle seitens der Verwaltung mehr Auskunft gegeben werden, auch wenn man sich über einige Dinge noch verständigen müsse. Er habe heute hier im SR ein paar Grund- und Eckzahlen erwartet.

Frau Platte findet, dass das HKK in diesem Jahr Voraussetzung für den HH ist. Sie würde gern im Ortschaftsrat über das HKK sprechen, denn es betrifft letztlich freiwillige Aufgaben. Die Ortschaften müssen das HKK schon vor dem 30.03.2016 erhalten.

Herr Brohm schüttelt mit dem Kopf.

Frau Braun erinnert die SR'e, dass sich der HA einig war, dass es im Moment eine schwierige Situation in der Gemeinde ist. Die zuständige Abteilung ist wegen Krankheit personell schlecht besetzt. Darum wurde im HA dem BM den guten Rat gegeben, hier eine Veränderung herbeizuführen.

Herr Graubner merkt an, im HA wurde gesagt, dass Maßnahmen getroffen werden sollen. Es solle geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, um die Zahlen (Eck- und Grundzahlen) vorzulegen. Es war sogar ein Auftrag an die Verwaltung, Abhilfe zu schaffen.

Herr Rudowski nimmt 19:23 Uhr an der Sitzung teil.

TOP 10: Aufhebung Beschluss Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015 - BV 321/2015

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 321/2016.

Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses über die Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte BV 200/2015 des Stadtrates vom 16.09.2015.

Abstimmungsergebnis: 24 x Ja 0 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 11: Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte - BV 335/2015

Frau Braun gibt an, dass über die Hauptsatzung (HS) schon im letzten HA gesprochen wurde. Es ist ein Mangel, dass das Protokoll vom letzten HA noch nicht vorliegt, weil dort textliche Veränderungen vorgenommen wurden, die jetzt die anderen SR'e nicht wissen. Es wäre schön, wenn zumindest die Passagen mit den Änderungen als Auszug aus dem Protokoll vorgelegen hätten. Was Frau Wittke eingearbeitet hat, entspricht nicht dem, was im HA besprochen wurde. Es sollte auf die alte Formulierung in der alten HS Bezug genommen werden. Hier geht es um die Eingruppierung des Personals. In der neuen HS soll die neue Bezeichnung (EGr 8), die jetzt üblich ist, adequar zur der alten HS gesetzt werden. Diese Umformulierung ist nicht passiert. Sie bittet Herrn Rudowski, der diesen Vorschlag hatte, es noch einmal richtig zu formulieren.

Herr Brohm merkt an, dass die im HA besprochenen Punkte abgeändert wurden, bis auf den, den Frau Braun eben angesprochen hat. Im Anschreiben wurde erklärt, dass das genau die Formulierung ist, die die KAB Stendal vorgegeben hat.

Herr Rudowski weist darauf hin, dass im HA besprochen wurde, die Zuständigkeit des SR'es, hinsichtlich seiner Zuständigkeit in Bezug auf die Eingruppierung nicht zu verändern. Mit der BV 200/2015 wurde eine HS beschlossen, in der im § 4 von der EGr 8 die Rede ist. Jetzt ist man bei der EGr 9 und insofern war die Empfehlung des HA'es, die auch schon im Januar durch den Ortschaftsrat Uetz erfolgte, sich der Formulierung der alten HS zu bedienen, denn diese ist durch die KAB genehmigt worden. Es sollte nur die Bezeichnung der EGr bzw. der vergleichbaren Besoldungsgruppen im Beamtenrecht getauscht werden. Genau das ist nicht passiert. Alle anderen Anmerkungen und Anregungen sind aufgenommen. Aus seiner Bewertung ist der § 4 Abs. 1 Nr. 2 wie im HA besprochen wurde, nicht umgesetzt worden. Hier bittet er um Nachbesserungen.

Herr Jacob bittet Herrn Rudowski, einen Antrag zwecks Änderung zu stellen.

Herr Rudowski meint, der alte § 4 Abs. 2 Nr. 1 in die neue HS aufzunehmen, weil es von der Formulierung her verständlicher ist. Dann die Laufbahngruppe im § 9 wie im HA formuliert, die EGr 8 in den § 4 Abs. 2 Nr. 1 zu übernehmen.

Er formuliert den Antrag. *Der SR möchte die Änderung des § 4 Abs. 1 Nr. 2 analog der alten Regelung.*

Dann könne man heute Abend dieser HS zustimmen, damit der SR endlich eine Arbeitsgrundlage habe.

Herr Nagler findet, alle gehen immer auf den § 4, Zuständigkeit des SR'es, ein. Es gibt aber auch noch Personalzuständigkeiten im HA. Hier redet doch der SR im Rahmen eines HA'es mit.

Herr Rudowski sagt, Herr Nagler habe es richtig festgestellt aber im SR sitzen 28 Räte und es war explizit der Wunsch des HA'es, dass der SR und nicht der HA über diese EGr entscheidet. Er hält seinen Antrag aufrecht.

Herr Brohm weist die SR'e darauf hin, dass jetzt entschieden werden soll, dass der HA nicht mehr über das Personal entscheidet. Bisher hat der HA die EGr 8 entschieden und alles drüber der SR.

Frau Platte merkt an, im HA wurde diskutiert, weil die Formulierung in der neuen Version der HS eine andere war. Es sind jetzt Laufbahngruppen und anders lautende Dienstbezeichnungen als vorher. Vom Grundsatz her sollte es so bleiben.

Herr Nagler stellt den Antrag auf Unterbrechung, um höchstens 5 Minuten.

Alle **SR'e** sind dafür.

Nach der Unterbrechung *zieht Herr Rudowski den Antrag zurück*. Er habe festgestellt, dass die Satzung, so wie sie jetzt vorliegt, unabhängig davon, dass sie holprig formuliert ist, wie es die KAB wohl vorgegeben habe, richtig ist. Wenn im HA kritische Dinge festgestellt werden, kann sich der SR dies an sich ziehen.

Herr Nagler sagt, das im KVG im § 28, Beteiligung der Einwohner und Bürger, im Abs. 2 „Bei öffentlichen Sitzungen der Vertretung und ihrer beschließenden Ausschüsse Fragestunden für die Einwohner vorzusehen sind.“ In der jetzigen HS stehen im § 14, Abs. 1 nur der SR und die Ortschaftsräte. Hier muss noch ergänzt der HA ergänzt werden. Besser wäre beschließender Ausschuss, falls noch ein beschließender Ausschuss dazu kommt und deswegen die HS nicht gleich wieder geändert werden müsse.

Antrag: In § 14 Abs. 1 muss hinter SR ergänzt werden, *die beschließende Ausschüsse*. Der Abs. 2 muss auch geändert werden und zwar nach Vorsitzende des SR'es *der Vorsitzende der beschließenden Ausschüsse*. Der Abs. 4 muss nach SR-Vorsitzenden lauten, *den HA-Vorsitzenden*.

Herr Nagler wirft ein, man könne auch den § 14 Abs. 1 wegfällen lassen, denn es steht im KVG.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 335/2016 mit den Änderungen von Herrn Nagler.

Der Stadtrat beschließt die Hauptsatzung der Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte.

Abstimmungsergebnis: 22 x Ja 1 x Nein 2 x Enthaltung

TOP 12: Antrag der Ortsbürgermeisterin von Grieben zum Beschluss einer Abrundungssatzung zur Schaffung von Baurecht - BV 342/2015

Frau Platte weist darauf hin, dass das der Antrag des Ortschaftsrates Grieben ist und weil sie dem Ortschaftsrat vorsteht, habe sie den Antrag gestellt. Es geht um eine Fläche, die im Flächennutzungsplan (FNP) als Wohnbaufläche ausgewiesen ist. Sie erklärt den SR'en wo die Flächen sind. Es sind ca. 120m und dafür soll jetzt Baurecht geschaffen werden und zwar in Form einer Abrundungssatzung. Sie hatte auch die linke Seite vor der Schule beantragt, weil das Flurstück der Gemeinde gehört. Hier müsse aber ein Bebauungsplan drüber gelegt werden und weil dies sehr teuer ist, würde aus Sicht des Ortschaftsrates erst einmal die andere Seite ausreichen. Sie bittet, um Zustimmung.

Herr Nagler fragt, kommen hier Kosten auf die EG zu? Wenn ja, in welcher Höhe und wer trägt die Kosten?

Herr Gruber informiert die SR'e, dass er mit Frau Platte und einer Kollegin aus dem Bauamt im LK war und diese Sache durchgesprochen haben. Die Kosten sind im Moment noch überschaubar. Es gibt keine direkten Erschließungskosten, nur Verwaltungskosten (Kopier-, Portokosten und Arbeitslohn). Man müsse aber die Träger der öffentlichen Belange kontaktieren und es muss öffentlich ausgelegt werden. Wenn es aber zu erheblichen Aufwendungen kommt, die jetzt nicht erkennbar sind, muss man mit dem SR diese Sache dementsprechend abwägen oder abrechnen.

Frau Platte merkt an, dass sie den Hinweis bekommen habe, so zu formulieren, dass es eine Eigenentwicklung der EG ist.

Herr Kinszorra hat es so verstanden, dass das Bauamt diese Sache mit den Arbeitsleistungen des Bauamtes begleitet, ohne externe Leute einzuschalten.

Herr Gruber antwortet, wir versuchen es.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 342/2016.

Die Ortsbürgermeisterin der Ortschaft Grieben beantragt, nach Beschluss des Ortschaftsrates, der Stadtrat möge die Erstellung einer Abrundungssatzung zur Schaffung von Baurecht, für die in der Anlage ausgewiesenen Flächen in Grieben beschließen.

Das kann in Form einer Abrundungssatzung Satzung zur Festlegung der Grenzen zur Abrundung des im Zusammenhang bebauten Ortsteils) geschehen.

Das Vorhaben betrifft die Flurstücke an der Chausseestraße in Grieben:

Flur 1 Flurstück 628/29 Flur 1 Flurstück 232, 114, 111, 29/38, 29/36, 29/29 (siehe Anlage).

Die Verwaltung möge beauftragt werden dazu die gültigen Formulierungen zu schaffen und die Satzung zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis : 25 x Ja 0 x Nein 0 x Enthaltung

TOP 13: Fortgeltungssatzung - über die Nutzung kommunaler Einrichtungen - BV 344/2015

Herr Brohm gibt an, dass die Verwaltung mit der Fortgeltungssatzung dem Auftrag des SR'es nachgekommen ist. Er bittet, um Zustimmung.

Herr Graubner sagt, die Fortgeltungssatzung ist nur ein Provisorium. Man müsse trotzdem die Satzungen, die noch nicht beschlossen wurden, bis spätestens Herbst beschließen.

Frau Platte ergänzt, man könne keine einheitliche Satzung für alle Ortsteile mit ihren gemeindlichen Gebäuden erstellen. Herr Brohm sei der Meinung, es gehe. Es müsse eine Artikelsatzung sein, so ähnlich wie die Friedhofssatzung.

Frau Altenberger findet es unbefriedigend, dass man das mit der Satzung nicht hinbekommt. Es wird freundlich und ruhig immer wieder darum gebeten und es liegt einfach nichts vor.

Herr Brohm weist darauf hin, es sei eine Satzung, die nicht stimme und zwar genau die Satzung für die jetzt eine Fortgeltungssatzung beschlossen werden soll. Die SR'e haben eine Übersicht, damit sie den Stand der Dinge sehen. Außerdem möchte er nichts vereinheitlichen.

Herr Jacob bittet um Abstimmung der BV 344/2016.

Der Stadtrat beschließt die beiliegende Fortgeltungssatzung mit einer Gültigkeit bis zum 31.12.2016.

Abstimmungsergebnis: 23 x Ja 1 x Nein 1 x Enthaltung

TOP 14: Besprechung Prioritätenliste Radwege

Herr Brohm gibt an, dass eine Liste für das Radwegekonzept aufgestellt wurde, die der Verwaltung in den Ausschüssen benannt wurde. Dem SR liegt die Liste bis Punkt 7 vor. Der Punkt 8 wäre der Weg von Uchtdorf nach Burgstall. Falls es heute keine weiteren Ideen gibt, würde mit diesen 8 Punkten ein Beschluss vorbereitet werden.

Herr Rudowski möchte wissen, wie mit Anregungen der Ortschaftsratssitzungen und des HA'es umgegangen wird.

Herr Brohm antwortet, es wird alles aufgenommen.

Herr März ist überrascht, dass es jetzt Prioritätenliste heißt. Bisher wurde immer über Radwegekonzept gesprochen. In allen Ausschüssen hat er die kreisübergreifenden Straßen angesprochen. Diese müssen zu mindestens im Konzept stehen, damit jeder weiß, dort ist noch eine Straße. Davon gibt es 3 Straßen und zwar nach Mahlwinkel, nach Burgstall und nach Sandbeiendorf. Er möchte, dass diese Straßen mit in das Verzeichnis aufgenommen werden.

Frau Braun merkt an, im HA wurde gesagt, dass es nicht Priorität heißen soll. Man weiß nicht, wann wir für Landes- und Kreisstraße eine Zuweisung bekommen. Eine Priorität für das Radwegekonzept zu machen, ist falsch.

Frau Platte erinnert daran, dass ihre Fraktion den Antrag gestellt habe, ein Radwegekonzept für alle möglichen Wege, die in unserer EG noch zu bauen wären, zu erarbeiten. Es sollten auch die Kreisübertragenden Straßen sein. Sie ist auch der Meinung, dass es keine Prioritätenliste sein darf.

TOP 15: Information aus den Verbänden

Herr Brohm berichtet, dass der Zweckverband im April in den aktiven Dialog mit den Bürgern geht.

TOP 16: Information des Bürgermeisters

Herr Brohm fragt die SR'e, ob sie sich überlegt haben, ob sie weißes oder weiterhin farbiges Papier für die verschiedenen Sitzungen haben möchten.

Die Mehrheit **der SR'e** ist für weißes Papier.

Alle SR'e haben von **Herrn Brohm** die Fragen von Herrn Steffen und die dazugehörigen Antworten vom letzten Jahr bekommen. Im HA gab es auch Fragen und die Antworten haben alle SR'e erhalten. Im HA war auf der TO der TOP Fähre Grieben-Ferchland. Die Fähre ist für unsere EG wichtig und das Land muss sich der Verantwortung bewusst sein.

Er informiert über Stark III und Stark V Mittel. Aktuell wird geplant, dass die EG sich für die Kita in Grieben, um Mittel aus dem Stark III Programm, bewirbt. Es wurde abgeraten, die Grundschule mit Mitteln aus dem Stark III Programm zu sanieren, d.h., wir müssen es mit anderen Fördermitteln abdecken.

Heute fand wieder eine Integrationskonferenz mit dem Thema „Ehrenamt“ statt. Das Netzwerk „Neue Nachbarn“ aus Tangerhütte sei immer wieder ein positives Beispiel. Es sei landkreisweit ein gutes Unternehmen, was sich hier auf den Weg gemacht habe und es funktioniert. Ohne die Verwaltung würde es aber nicht funktionieren.

In der Zwischenunterkunft in Tangerhütte kommen immer noch Flüchtlinge an und werden wieder verteilt. Zurzeit warten wir auf Zuweisungen, weil unsere EG Wohnungen gemeldet hat. Im Moment gibt es Familiengespräche, d.h., wir sind bei jeder Familie in der EG zu Gast und sprechen mit Dolmetschern wie die Einbindung aussieht und wie es weitergeht.

Zum Thema Kulturhaus sagt er, dass er erst die Arbeiten der Studenten abwarten wollte. Diese liegen jetzt vor. Außerdem wollte er eine schriftliche Stellungnahme vom Landesverwaltungsamt abwarten. Diese liegt jetzt auch vor. Er fragt die SR'e, ob man sich nächsten Mittwoch, 02.03.2016, zu einem Arbeitskreis Kultur aus den Fraktionen treffen könne. Die Einladung folgt morgen.

TOP 17: Anfragen und Anregungen

Herr Graubner bedankt sich bei Herrn Kinszorra für seine Bemühungen, dass wir die Studenten vor wenigen Tagen begrüßen konnten. Es waren viel interessierte Menschen im Kulturhaus. Ihm sind Signale bekannt, das Kultur und Kulturhäuser in das Programm Stark III+ fallen können. Er bittet, um intensive Bemühungen, seitens der Stadt. Die CDU-Fraktion delegiert in den Arbeitskreis Kulturhaus die SR'e Herrn Jacob, Herrn Liebisch und Herrn Graubner. Wenn es um die EG geht, darf es keine aussichtslosen Kämpfe geben. Man muss alle Möglichkeiten nutzen.

Herr Radke hat zwei Anmerkungen zur Ausführung zum alten Stark III Programm, zu den Grundschulen Lüderitz und Grieben. Hier laufen Gespräche, das sich in der nächsten Legislaturperiode etwas ändern könne. Zur Fähre Grieben-Ferchland haben sich auch starke Aktivitäten entwickelt. Die Förderung für die Hauptinstandsetzung wurde von 40% auf 50% angehoben. Die Unterstützung für den laufenden Betrieb ist zurzeit noch schwierig einzuschätzen. Er hat ein Signal aus dem Bördekreis bekommen, dass hier wahrscheinlich Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden. Zum Kulturhaus sagt er, dass er von den Studenten sehr positiv beeindruckt war und er sieht über das Programm Stark III+ große Chancen. Er könne sich vorstellen, dass das Kulturhaus, so wie es jetzt angedacht ist, ein bedeutendes und regionales Objekt in der Region werden könne.

Frau Platte bittet, das Dach der GS Grieben in den Ferien zu machen und sie fragt zum Stand der Quergrube Kita Grieben. Dazu möchte sie morgen von Herrn Gruber informiert werden. In der Zeitung stand, dass der LK Millionen bekommen habe und man könne ab sofort aus den Kommunen Anträge für Kita-Förderung stellen. Sie fragt Herrn Brohm, ob er davon etwas weiß und schon etwas unternommen hat.

Herr Brohm kennt dies nicht. Sobald er etwas in der Hand hat, wird der SR informiert.

Frau Fischer spricht im Namen des Bogenvereins Bellingen. Wenn die Fortgeltungssatzung in Kraft tritt, dürfte der Verein lt. Satzung nicht im Saal Demker schießen. In der Satzung Demker stehe, nur ortsansässige Vereine können zweimal im Jahr kostenlos den Saal nutzen. Der Bogenverein Bellingen hat 35 Mitglieder, von 4 Jahren bis 75 Jahre. Da die Sporthalle Bellingen verkauft wurde, gibt es für den Verein keine Möglichkeit im Winter zu trainieren. Der Verein hat im April Landesmeisterschaften. Sie findet es schade, dass der Verein nicht unterstützt wird. Der Verein hat selbst eine Möglichkeit zum Trainieren gefunden. Der OBM Tangerhütte, Herr Borstell, hat die ehemalige Schwimmhalle angeboten. Dort sind aber nur 7 Grad drin und das ist einfach zu kalt zum Trainieren. Sie bittet darum, dem Verein wie versprochen einen Ausgleich zu schaffen und unter die Arme zu greifen. Es wurde dem Verein als Ausgleich der ehemalige Konsum Demker angeboten. Dafür ist sie nicht, denn das ist der einzige Raum, in dem Demker Sachen lagern kann.

Seit 16 Jahren gibt es in Demker eine Kegelbahn. Bis jetzt hat Demker kein Geld aus dem großen Topf benötigt. Jetzt ist der Computer in der Kegelbahn kaputt. Sie möchte für die Beschaffung eines neuen Computers 2.000 € aus dem HH haben, auch wenn das Amt sagt, es sei bloß ein Spielcomputer. Viele nutzen nur deswegen die Kegelbahn, weil sie mit den Kindern Spiele spielen können. Auch die Älteren kommen deswegen zur Kegelbahn nach Demker.

Herr Kinszorra hat eine Anfrage zur Investitionsliste. Er regt an, dass man entsprechend des 1. Entwurfes des HH-Planes in der Investitionsliste die Investitionspositionen für die einzelnen Ortsteile der EG mit Flächenbereichen und Einwohnerzahlen als Koeffizient mit berücksichtigt, aufgeschlüsselt für die letzten Jahre, um zu sehen, wohin die Investitionen fließen. Er habe den Eindruck, dass man hier danach gehe, wer am meisten und intensivsten nachfragt, bekomme etwas und wer an manchen Beratungen nicht dabei war, habe Pech gehabt. Natürlich sind Schulen, Kitas und FFW'en ausgenommen. Nicht das ein HH mit einer Investitionsliste durch gewunken wird, die nicht durch die Mehrheit des SR'es wissentlich gesegnet wurde. Es kann nicht sein, weil man irgendwo Geld habe, die Investitionen schon festzulegen, obwohl es noch keinen beschlossenen HH-Plan und kein HKK gibt. Dadurch würde der SR wieder unter Druck gesetzt werden.

Er habe in der VST gelesen, dass die Stadt Stendal die Anteile von den ausgetretenen Städten für die GfAuS erwerben wird. Bedeutet das, dass wir unsere Anteile für einen symbolischen Wert an Stendal verkaufen?

Herr Brohm meint, es ist so nicht richtig. Die GfAuS ist eine Landkreisgesellschaft und dazu gehört nicht nur Stendal. Insofern solle man seinen Betrachtungshorizont etwas erweitern.

Herr Kinszorra fordert von Herrn Brohm, er solle endlich die Gesellschaft kündigen.

Herr Brohm erklärt, ein Gesellschafter hat öffentlich durch seinen Rat beschlossen, dass er Anteile kaufen darf. Bisher fehlt noch ein Gesellschafter, **bevor alle Gesellschafter zusammen zum Notar gehen und diesen Akt vollziehen können. Das wird im April der Fall sein.**

Herr Graubner möchte die Aussage des BM'ers, dass der Akt im April vollzogen wird, im Protokoll hervorgehoben haben.

Herr Kinszorra sagt, dass die SR'e ein Informationsschreiben vom 18.02.2016 zugesandt bekamen. Diese Anfragen kamen aus dem HA vom 10.02.2016 zu Personalangelegenheiten in den Kitas. Der erste Fortschritt sei, dass der zuständige Bearbeiter unterschrieben habe aber den Inhalt versteht er nicht. Er bezieht sich auf den vorhandenen Stellenplan. Man könne den SR'en mit einem Stellenplan in einer tabellarischen Form (Plan, Ist, Abweichungen) die einzelnen Besetzungen der einzelnen Kitas

darstellen. Dies ist eine süffisante Darstellung und keine Information für die SR'e. Er könne und wird sich das KiFöG durchlesen, weil er keine Antwort bekommt. Es wurde den SR'en zugesichert, dass der Nachweis geführt wird, dass keine zusätzliche Person für bestimmte Bereiche eingestellt worden ist. Wer viel schreibt und umschreibt kann oder will es nicht genau darstellen. Er erwartet eine bessere Darlegung und Darstellung von Anfragen oder Zusagen. Eigentlich hätte der HA diese Personalangelegenheit nicht beschließen dürfen, weil es nicht geklärt war.

Herr Nagler delegiert in die Arbeitsgruppe HH die SR'e Herrn Jagolski, Herrn Bodenbinder und Herrn Borstell. Er fragt Herrn Brohm, wenn bei dem Gesellschafter etwas dazwischen kommt, ist die EG 2016 noch komplett in der GfAuS? Wenn die GfAuS in Insolvenz geht, ist die EG dabei? Wie ist das letzte Jahr abgerechnet worden?

Herr Brohm legt dar, dass es eine Teilung zwischen wirtschaftlichen und juristischen Eigentümer gibt. Unsere EG ist jetzt nicht mehr wirtschaftlich beteiligt. Auf dem Papier ist die EG noch Eigentümer aber wir spielen im Moment als Gesellschafter keine Rolle mehr. Die GfAuS haben sich unter den verbleibenden Gesellschafter aufgeteilt. Die Abrechnung vom letzten Jahr liegt noch nicht vor. Wenn die GfAuS in Insolvenz geht, ist die EG dabei.

Herr Jagolski hat eine nicht so schöne Information aus der Verwaltung, dass das Stark III+ Programm für Tangerhütte nicht zutrifft.

Herr Radke meint, den Demographiecheck könne man so deuten, dass man besondere Umstände mit geltend machen könne.

Frau Braun sagt zur Anfrage von Frau Fischer, dass sie der Meinung sei, dass die Stadt sich für die Belange dieses Vereins kümmern müsse. Es gehe nicht so wie es im letzten ½ Jahr gelaufen ist. Der Verein wurde nach der Wende gegründet und hat national viel Anerkennung bekommen. Sie regt an, dass sich die Verwaltung mit dem LK ins Benehmen setzt. Es gibt eine 2-Feldturnhalle an der Wilhelm-Wundt-Schule und diese gehört dem LK. Es gibt auch noch Hallen, die der Stadt gehören. Sie bittet, dies zu prüfen.

Frau Platte erinnert daran, dass sie und Herr Wegener gebeten hatten, die Kita-Sachen noch einmal darzulegen. Das theoretische zweifelt sie nicht an. Sie wird sich mit Frau Stutzer noch einmal in Verbindung setzen. Es geht darum, was in den Kitas tatsächlich passiert und wie mit dem Betreuungsschlüssel in der jeweiligen Einrichtung umgegangen wird. Hier ist die Aufsicht der Verwaltung gefragt.

Herr Liebisch regt an, dass er zur nächsten SA-Sitzung Vertreter des Bogenvereins Bellingen einlädt, die sich im SA zu diesem Thema äußern könnten. Vielleicht gibt es bis dahin schon eine praktikable Lösung und man kann eine positive Antwort geben.

Frau Braun kann in dem Schreiben vom 18.02.2016 alles nachvollziehen. Sie hält es für sehr gefährlich, dass man das so diffizil ausrechnen und bewerten soll, weil der Betreuungsschlüssel jeden Tag anders ist. Dieser muss gesetzlich vorgehalten werden. Sie weist darauf hin, dass die Kuratorien und die Eltern sehr genau darauf achten, dass genug Personal vorhanden ist.

Herr Rudowski gibt zu dem kaputten Computer in der Kegelbahn Demker eine Anregung. Die Stadt Tangerhütte ist Mitglied in einer kommunalen IT-Union. Er glaubt, das man über die vorhandenen Rahmenverträge einen Preis von 2.000 € für die Hardware deutlich unterschreiten könne.

Frau Altenberger hat eine Anfrage an Herrn Brohm. Sie habe vernommen, dass Herr Brohm bei einer Sitzung eines Vereines ausgeführt habe, dass es 3 Kulturprojekte gebe und dass sich hier ein Wettbewerb entwickelt. In der Ortschaftsratsitzung Tangerhütte habe Herr Brohm ausdrücklich betont, dass er mit der Sache „Aus einem Guss“ und den Gießereihallen in keiner Verbindung stehe. Es sei Sache des Vereins. Stimmt das?

Herr Brohm nickt.

Frau Altenberger möchte wissen, warum Herr Brohm die Fachhochschule Anhalt beauftragt habe, die Planungen für die Hallen zu übernehmen. Diese Auskunft habe sie am Tag der Projektvorstellung Kulturhaus bekommen. Sie fragt Herr Brohm, warum er in Angelegenheit der Gießereihallen beim Landesverwaltungsamt vorstellig war und nachgefragt habe, welche Fördermöglichkeiten es gebe. Sie fühle sich angelogen und habe das Gefühl, Herr Brohm bremse eine Sache aus, bis es totgeritten sei. Sie stelle sich die Frage, wie eigentlich die Funktion des BM'ers sei. Möchte er seine persönlichen Vorstellungen durchsetzen oder möchte er mit dem SR zusammen arbeiten.

Herr Brohm gibt an, dass sich beim Heimatverein herausgestellt habe, dass es verschiedene Möglichkeiten gebe. Herr Bodenbinder könne es bestätigen. Die eine ist das Kulturhaus. Das ist ein kommunales Projekt, was mit breiter Front unterstützt wird. Dafür sind Fördermittel beantragt und es stehen HH-Mittel zu buche. Der BM ist gesetzlich verantwortlich, kommunal ein HKK aufzusetzen. Es

haben alle einen Eid zur sorgsamem HH-Führung geschworen. Er war beim Landesverwaltungsamt und dort wurde durchgesprochen was man wie und unter welchen Fördermitteln machen kann. Dazu habe er eine schriftliche Antwort erhalten, die wir uns nächste Woche ansehen werden. Dem Professor habe er es erzählt, weil dieser wissen müsse, wo die Interessen außerhalb der Region liegen. Es gibt auch andere Sachen, die Anspruch haben und die die Touristen interessant finden. Man könne doch keine Diskussion mit Scheuklappen führen und sagen, alles andere interessiere uns nicht. Der Verein "Aus einem Guss" habe bereits Fördermittel organisiert und macht das alles ohne die Kommune. Herr Brohm macht die Förderrichtlinie nicht, die das Landesverwaltungsamt zu vertreten hat. Er versuche einen Weg zu finden, damit man zum Ziel komme. Das Ziel sei, eine Kulturstätte.

Frau Altenberger verweist auf den SR-Beschluss zum Kulturhaus. Eigentümer für die Halle ist die Stadt. Sie habe vernommen, dass Herr Dr. Dreihaupt dazu Zahlen genannt habe. Allein die Dachsicherung an den Hallen kostet weit über 2 Mio €. Sie fragt sich, welche Intension der BM dabei habe, sich darum zu kümmern, ohne Beschluss des SR'es. Warum macht der BM eine neue Baustelle auf, was im Grunde genommen, diese ganzen Bemühungen konterkariert und eine Konkurrenz aufmacht. Sie will vom BM wissen, ob er für den Verein nach Fördermittel angefragt habe und den Professor beauftragt habe.

Herr Brohm gibt an, dass er beim Landesverwaltungsamt war und es wird sich gekümmert, dass der Beschluss, der im SR gefasst wurde, umgesetzt wird. Aber es gibt einen Verein, der die Betriebshallen erhalten möchte. Dafür sind Fördermittel beantragt. Er hat im Ortschaftsrat Tangerhütte dargelegt, dass der Verein nicht mit der Bausubstanz anfängt sondern erst einmal herausfindet, ob es auch gewollt ist, ob es Mitstreiter gibt und ob es der Kommune nichts kostet. Warum solle er als BM etwas dagegen haben. Immerhin müssen wir eine sorgsame HH-Führung führen.

Herr Liebisch meint, der BM hätte den SR vorher informieren müssen, wenn er diesen Verein unterstützt. Der SR hätte den BM beauftragen müssen und dieses erfolgte nicht.

Herr Dr. Dreihaupt informiert, dass es dem Verein um die Erhaltung der Industriehallen gehe. Der BM ist weder Mitglied des Vereines, noch fördert er ihn. Der Verein ist eine private Initiative. Wenn es notwendig ist, wird der Verein Fördermittel beantragen. Es geht um die Förderung der Gesamtgemeinde, nicht nur um die Erhaltung eines Gebäudes. Er denkt, man solle den Verein machen lassen. Man weiß vielleicht nicht, dass der Verein schon Tausende in das Schloss eingesteckt habe. Er findet es auch nicht schön, auf welcher Art und Weise darüber im OR Tangerhütte diskutiert wurde. Vollkommen von der Sachkenntnis getrübt. Das sei heute Abend auch wieder der Fall. Man solle doch die Diskussion wieder etwas vernünftiger führen.

Herr Liebisch sagt darauf, die Unkenntnis sei dadurch angerichtet worden, weil der Vertreter des Vereines keine Zahlen vorlegen konnte. Ansonsten hätte der OR evtl. auch mehr gewusst. Es tut Herrn Liebisch leid, wenn sich DR. Dreihaupt zu wenig gewürdigt fühle.

Herr Wegener meint, da die Gebäude der Stadt gehören, möchte er als SR vom BM bzw. vom Verein informiert werden, was geplant ist und was mit den städtischen Grundstücken und Gebäuden passieren soll, nicht erst aus der Presse oder von den Leuten auf der Straße. Er habe nichts dagegen, dass mehrere Projekte parallel laufen, dass Ideen entwickelt werden und versucht wird, für den Ort das Beste rauszuholen.

Frau Platte weiß, dass der Verein auf den OR Tangerhütte zugegangen ist. Sie findet, diese Industrieruine ist das einzig nennenswerte historische Gebäude der Stadt.

Herr Dr. Dreihaupt sagt, der OBM Tangerhütte habe ihn zur OR-Sitzung eingeladen und weil er nicht kommen konnte, habe er einen Vertreter des Vereines geschickt. Im Moment gebe es keine Zahlen. Der Verein existiert seit 2005 und habe seitdem viele Dinge bewegt, aber irgendwann habe der Verein den Mut verloren. Die Gründe möchte er jetzt nicht nennen. Trotzdem habe der Verein weiter existiert. Wer die Zeitung gelesen habe, weiß dass seit September 2015 dieser Verein wieder reaktiviert sei und dass sich der Verein um die Industrieanlagen kümmern will. Wenn es zu irgendwelchen Käufen und Verkäufen an den Verein kommen solle, wird der SR über den BM informiert werden. Im Moment ist der Verein eine reine Privatinitiative und er glaubt, dass der Verein keinem rechenenschaftspflichtig sei. Es sollten doch alle froh und glücklich sein, das sich Leute um die Erhaltung kümmern. Das einzig historische in Tangerhütte sei das Schloss, der Park und die Industrieanlagen.

Frau Braun bittet, dass man zur Sachlichkeit zurück findet. Aufgrund der Information in der Zeitung habe sie es als Vorsitzende der WG Lüderitz für ihre Pflicht gehalten auf Herrn Schubert drauf zuzugehen. Sie hatte gestern einen Termin und habe sich in 1 h über das Projekt aufklären lassen. Es ist ihre Pflicht als SR, sich auch selbst zu kümmern.

Herr Jacob beendet 21:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

TOP 21: Wiederherstellung der Öffentlichkeit

Herr Jacob stellt die Öffentlichkeit wieder her.

TOP 22: Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der nichtöffentlichen Sitzung gab es keine Beschlüsse.

TOP 23: Schließen der Sitzung

Herr Jacob schließt 21:30 Uhr die Sitzung des SR'es.